

Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ZEHNTES JAHR

APRIL 1959

BERNHARD TACKE

Gewerkschaften in Asien

Die Gewerkschaften in den Ländern Asiens sind ihrem Aufbau, ihrer Organisation und ihrer Wirksamkeit nach nicht mit denen in der Bundesrepublik zu vergleichen. Die politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder ist natürlich nicht ohne Einfluß auf sie geblieben. Struktur und Mentalität der Bewohner des jeweiligen Landes spiegeln sich auch im gewerkschaftlichen Leben wider. Für die richtige Beurteilung der Entwicklung und Arbeitsweise der asiatischen Gewerkschaften ist die Berücksichtigung dieser Tatsachen von Wichtigkeit. Das Anlegen deutscher oder westeuropäischer Maßstäbe bei der Beurteilung ist falsch und gibt kein wahrheitsgemäßes Bild. Für die Gewinnung eines objektiven Urteils ist es richtig, die Gewerkschaften der einzelnen hier besprochenen asiatischen Länder aus der besonderen Lage des jeweiligen Landes zu verstehen.

I.

In *Pakistan* sind alle Gewerkschaften in der *All-Pakistan Confederation of Labor* (APCOL) vereinigt. Eine Konkurrenz verschiedener Gewerkschaftsrichtungen ist nicht gegeben. Die unter kommunistischem Einfluß stehende *Pakistan Trade Union Federation* hat sich nicht entwickeln können und ist ohne Bedeutung. (Sie befindet sich derzeit — wenn sie überhaupt noch existiert — in der Illegalität.)

Dafür liegen aber in der Teilung des Landes große Schwierigkeiten für eine einheitliche Gewerkschaftspolitik. *Pakistan* wurde 1947 als selbständiger Staat von Indien getrennt und in West- und Ost*pakistan* aufgegliedert. Zwischen beiden Landesteilen liegen etwa 2000 km. Dieser Umstand hat seine politischen, wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Auswirkungen. Es bestehen praktisch zwei selbständige gewerkschaftliche Landesverbände in West- und Ost*pakistan*: die *West-Pakistan Federation of Labor* und die *East-Pakistan Federation of Labor*. Aus beiden Gewerkschaftsverbänden ist zwar ein *Central Executiv Board* gebildet worden, doch hat der Präsident der APCOL seinen Sitz in Karatschi, in West*pakistan*, und der Generalsekretär der APCOL seinen Sitz in Dacca, in Ost*pakistan*. Der derzeitige Präsident der APCOL ist gleichzeitig Generalsekretär der *West-Pakistan Federation of Labor* mit einem eigenen zentralen Exekutivkomitee.

So wie die APCOL in zwei selbständige Landesverbände aufgegliedert ist, so sind auch die einzelnen Gewerkschaften, die der APCOL angehören, in eine west- und ost-

pakistanische Gewerkschaft aufgeteilt. Aufgebaut sind die Gewerkschaften überwiegend auf der Form der Betriebsgewerkschaften, einer Organisationsform, die auch in Indien, Malaya und Japan überwiegt.

Die in der APCOL vereinigten Gewerkschaften zählen rd. 350 000 Mitglieder. Von diesen sind in der WPFOL 164 000 und in der EPFOL 186 000 Mitglieder organisiert. Die Gesamtzahl der Mitglieder verteilt sich auf insgesamt 235 Gewerkschaften bzw. Betriebsgewerkschaften, davon in Westpakistan 135 und in Ostpakistan 100, Insgesamt gibt es 15 Gewerkschaftsgruppen, einschließlich der Angestelltengewerkschaftsgruppe.

Auf Grund der niedrigen Löhne ist das Beitragseinkommen der Gewerkschaften sehr gering, so daß ihnen für die schwierige Organisationsarbeit nur wenig Mittel zur Verfügung stehen. Da rd. 85 vH der Bevölkerung Analphabeten sind, ist eine schriftliche Aufklärung und Information der Arbeitnehmer kaum möglich. Hinzu kommt, daß die offizielle Sprache Englisch ist, aber von nicht einmal 5 vH der Bevölkerung gesprochen bzw. verstanden wird; gesprochen wird Englisch praktisch nur von den „gebildeten“ Einwohnern Pakistans. Die Masse der „Ungebildeten“ spricht in Westpakistan das Urdu und in Ostpakistan das Bengali. Diese Sprachen sind die Verkehrssprachen. Aber selbst dann, wenn das Analphabetenproblem nicht wäre, fehlten die Mittel für die notwendige schriftliche Aufklärung und Information. Das, was von den Gewerkschaften publiziert wird, wird meistens auf Wachsmatrizen geschrieben und auf teilweise völlig veralteten Apparaten vervielfältigt. Sogar die Gewerkschaftsstatuten und Bekanntmachungen der APCOL werden so vervielfältigt.

Die gewerkschaftliche Agitations- und Informationsarbeit muß überwiegend von ehrenamtlichen Funktionären geleistet werden. Diese verfügen außer ihrem guten Willen und der Begeisterung für die gewerkschaftliche Sache über keine gewerkschaftlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Kenntnisse. Sie bauen ihre Arbeit auf dem gesprochenen Wort auf, und dieses erhalten sie meistens von den Führern und den vielen Präsidenten, die z. T. nicht aus der Arbeitnehmerschaft kommen. Eine verhältnismäßig große Zahl von Akademikern aller Art, vor allem Rechtsanwälte, haben führende Positionen in den Gewerkschaften und machen die gewerkschaftliche Arbeit nebenher. Vielfach sind diese Gewerkschaftsführer auch parteipolitisch sehr stark engagiert. Eine völlige „Überfremdung“ der Gewerkschaften mit akademischen Funktionären verhindert aber das noch aus der „englischen Zeit“ datierende Gewerkschaftsgesetz, der *Trade Union Act 1926*. Dieses Gesetz gestattet nur bis zu 50 vH Führer, die nicht direkt aus der Gewerkschaftsarbeit kommen bzw. nicht lohnabhängige Arbeitnehmer sind.

Die gewerkschaftliche Arbeit und vor allem die Werbearbeit wird auch durch die Großräumigkeit des Landes sehr erschwert. Die Entfernung von Karatschi, dem Sitz des Präsidenten der APCOL und dem des Generalsekretärs der WPFOL, bis nach Lahore, der Hauptstadt Westpakistans und Sitz des Präsidenten der WPFOL, beträgt z. B. rd. 700 km. Und die Entfernung zwischen dem Sitz des Präsidenten der APCOL in Karatschi und dem Sitz des Generalsekretärs in Dacca beträgt über 2000 km Luftlinie. Die notwendige Verbindung zwischen den gewerkschaftlichen Funktionsträgern und den gewerkschaftlichen Organen kostet somit viel Zeit und viel Geld.

Die mangelnde Verbindung führt auch zu einer gewerkschaftlich gesehen kaum nützlichen Eigenständigkeit und Eigenwilligkeit der Funktionäre und einzelner Organe. Der Dezentralismus wird dadurch gefördert und gestärkt. Für eine gute Entwicklung und eine zunehmende Wirksamkeit der Gewerkschaften dürfte eine zu starke Dezentralisierung aber nicht förderlich sein. So begegnet man denn auch den verschiedensten Auffassungen über ein und dasselbe Problem, und zwar deshalb, weil es durch das Fehlen einer notwendigen Verbindung an der erforderlichen Unterrichtung und Übersicht mangelt.

Die Wirksamkeit der Gewerkschaftsbewegung auf die soziale und wirtschaftspolitische Entwicklung ist nicht besonders groß. Zwar sind die Gewerkschaften durch das genannte Gewerkschaftsgesetz von 1926, das von der neuen pakistanischen Regierung übernommen wurde, anerkannt, doch greift die Regierung weitgehend in die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ein, und sie hat die Koalitionsfreiheit vor allem der Arbeitnehmer der öffentlichen und staatlichen Betriebe sehr eingeschränkt.

In Lohn- und Arbeitsstreitigkeiten ist das Streikrecht der Arbeitnehmer wesentlich eingeeengt. Praktisch kann der sogenannte Dreierausschuß der staatlichen Schlichtung die Lohn- und Arbeitsbedingungen regeln und entsprechende Entscheidungen treffen.

II.

Die Gewerkschaften in *Indien* sind uneinheitlich und gespalten. Gewiß haben sie erst nach 1947 in dem demokratisch-parlamentarischen Staat ihre eigentliche Wirkungsgrundlage bekommen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß die Gewerkschaften in Indien bereits seit 1920 existieren, also eine fast 40jährige geschichtliche Entwicklung haben.

Die Freiheit des Volkes im Jahre 1947 brachte die Spaltung der Arbeitnehmer in mehrere Gewerkschaftsrichtungen. Der *All-India-Trade-Union-Congress* (AITUC) aus dem Jahre 1920 war immer stärker unter kommunistischen Einfluß geraten. Er unterstützte die kommunistische Partei und betrieb mit dieser die Entwicklung zum bolschewistischen Kommunismus und zur Verstaatlichung.

Aus der Spaltung entstanden 1947 der *Indian-National-Trade-Union-Congress* (INTUC) und 1948 der *United-Trade-Union-Congress* (UTUC) und die *Hind-Mazdoor-Sabha* (HMS), so daß es nunmehr in Indien vier mehr oder minder festgefügte Gewerkschaften gibt.

Diese vier Gewerkschaftsbünde haben es bisher nicht vermocht, die größere Zahl der gewerblichen Arbeitnehmerschaft gewerkschaftlich zu organisieren.

Nach den Statistiken von 1954 gab es in Indien 143 Millionen Erwerbstätige. In dieser Zahl sind einbegriffen alle Unternehmer, Selbständige, Geschäftsleute, mithelfende Familienangehörige usw. Rechnet man für diese Gruppe rd. 50 vH von der Gesamtzahl, von der verbleibenden Zahl nochmals 50 vH für nur „gelegentlich Beschäftigte“ ab, dann verbleiben rd. 36 Millionen ständig beschäftigte Lohn- und Gehaltsarbeiter. Diese Zahl dürfte theoretisch gewerkschaftlich erfassbar sein. Nach den gegebenen Statistiken sind in den vier Gewerkschaften nur rd. 2 Millionen Arbeitnehmer organisiert. Selbst diese Zahl dürfte aber angesichts des ausgewiesenen Beitragsaufkommens noch recht problematisch sein.

Sicherlich wirkt sich die Zerrissenheit in der Gewerkschaftsbewegung nachteilig auf die Entwicklung der Gewerkschaften aus. Es ist eine alte Erfahrung, daß die gewerkschaftliche Zerrissenheit niemandem mehr schadet als dem Arbeitnehmer und niemandem mehr nützt als dem Arbeitgeber bzw. dem Staat, soweit dabei die Sozialentwicklung angesprochen wird.

Die Zerrissenheit und Abhängigkeit der indischen Gewerkschaften führen zu Kämpfen untereinander. Die INTUC ist zahlenmäßig die größte Gewerkschaft in Indien und hat nach ihren Angaben über 1 Million Mitglieder. Sie steht in ihrer Politik der Kongreßpartei sehr nahe. In der Regierung und Regierungspartei befinden sich eine Anzahl führender oder ehemals führender INTUC-Gewerkschafter. In ihren Erklärungen und in ihrem praktischen Verhalten stützt sich die INTUC wesentlich auf die Lehre von *Gandhi*. Sie lehnt „die Anwendung radikaler Methoden“ ab und will nur, wie uns die derzeitigen Leiter dieser Gewerkschaftsbewegung erklärten, „mit reinen Mitteln“ den Arbeitnehmern helfen. Man geht ferner davon aus, daß es neben dem Kapitalisten und dem Arbeiter noch den Verbraucher gibt, dem die beiden ersteren verpflichtet sind. Auch muß nach Ansicht dieser Gewerkschafter bedacht werden, daß nur 5 vH aller Arbeiter in

den Industrien der Städte beschäftigt, dagegen aber 80 vH der Arbeiter landlose Arbeitnehmer sind. Es ergäbe sich daraus für die Gewerkschaften eine große gesellschaftliche Verpflichtung. Grundsätzlich sei man dafür, daß jeder Streik zunächst vor die Schlichtung gebracht werde, aber auch die Schlichtung dürfe nicht auf Kosten der Allgemeinheit erfolgen. Der Streik sei wirklich nur das allerletzte Mittel.

Eindeutig stellt sich die INTUC hinter den zweiten Fünfjahresplan der Regierung und unterstützt auch deren Wirtschaftspolitik. Man ist für die „Verstaatlichung wichtiger Industrien“, entsprechend der Erklärung von *Pandit Nehru*, und man ist für die Beteiligung der Arbeitnehmer an den Unternehmen und an der Leitung derselben, wie es übrigens Nehru auf der 4. Asienkonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation gewünscht hat. Es herrscht bei Nehrus Wunsch die Auffassung, daß durch eine solche Teilhaberschaft der Arbeitnehmer sich „nicht mehr als Außenstehender fühlt“, der lediglich für „höhere Löhne“ arbeitet.

Daß der INTUC ein erklärter Gegner der Kommunisten ist, ergibt sich aus seiner Politik und aus dem Eintreten für das Programm der Regierung. Bezüglich des kommunistischen Einflusses auf die indische Arbeitnehmerschaft hat man zweifellos große Sorgen. Diese richten sich hauptsächlich auf die zunehmende kommunistische Infiltration vor allem in den Industriegebieten. Die Kommunisten setzen mit Unterstützung von Moskau und Peking ständig größere Mittel zur Verbreitung ihrer Ansichten in Indien ein. Die Zahl der kommunistischen Funktionäre und Agitatoren nimmt ständig zu, und die Kommunisten bekommen zur indischen Arbeitnehmerschaft immer größeren Kontakt.

Der INTUC macht der HMS den Vorwurf, sich nicht klar und eindeutig genug von den Kommunisten distanziert und bisher keine diesbezügliche eindeutige Erklärung abgegeben zu haben.

Die HMS ist, was die Zahl der Mitglieder anbelangt, mit rd. 250 000 die schwächste Gewerkschaft. Sie steht politisch weitgehend im Gegensatz zum INTUC und unterstützt die sozialistische Oppositionspartei. Sowenig nun die Kongreßpartei ein strukturell und politisch einheitliches Gebilde ist, ist es die *Praja-Socialist-Party* (PSP), die mit 21 Sitzen im indischen Unterhaus eine schwache Oppositionspartei ist und noch sechs Sitze weniger hat als die kommunistische Partei Indiens. In der PSP gibt es zwei Richtungen, und diese beiden Richtungen machen sich ebenfalls in der HMS bemerkbar.

Die HMS hat starke Gewerkschaftsgruppen bei den Hafen- und Dockarbeitern, den Seeleuten, teilweise im öffentlichen Dienst und bei den Eisenbahnbediensteten. Wir fanden starke Gruppen in Delhi, Bombay und Kalkutta. In diesen Gruppen herrscht zweifellos ein guter gewerkschaftlicher Geist; es war auch eine starke Aktivität festzustellen. Eine wiederholte offene Aussprache ergab, daß auch in der HMS, zumindest in der Führung, eine so starke parteipolitische Bindung gegeben ist, daß eine eigenständige, praktische Gewerkschaftsarbeit darunter leiden muß. Die Meinung unter den führenden Funktionären über die parteipolitische Abhängigkeit der HMS differiert im Gegensatz zu der INTUC sehr stark. Bei einer Gelegenheit wurde uns von einem führenden Mitglied der HMS offen erklärt, verschiedene Führer der HMS mißbrauchten die Arbeitnehmer für ihre politischen Ziele. Infolge der Zwiespältigkeit innerhalb der HMS gelingt es auch kaum, in diesem Gewerkschaftsbund eine zentrale und straffere Organisation aufzubauen. In noch stärkerem Maße als im INTUC herrschen die mehr oder weniger selbständigen Verbände vor.

Die Meinung über wichtige Probleme der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist uneinheitlich. Wie in Pakistan ist man z. B. über die Frage des Zeit-, Familien- oder Leistungslohns bzw. der Zeitlohn- und Akkordlohnarbeit geteilter Meinung. Während z. B. die Führer der Hafen- und Dockarbeiter in Bombay voll Stolz auf die hohen Leistungen ihrer Gewerkschaftskollegen bei dem Be- und Entladen von Schiffen hinwiesen und erklärten, daß die Arbeiter es bei Rekordleistungen in einer Nacht bis zu

Verdiensten von 68 Rupies gebracht hätten, lehnten die Gewerkschaftsführer der Hafен- und Dockarbeiter in Kalkutta die Akkordarbeit ab mit dem Hinweis auf Gesundheitsschäden, häufigere Unfälle und „unordentliche Arbeit“.

Der INTUC und die HMS gehören dem IBFG an. Seit langem laufen die Bemühungen, diese beiden Gewerkschaftsbünde zur Zusammenarbeit zu bewegen mit dem Ziel eines späteren Zusammenschlusses. Der IBFG hatte noch im Mai 1958 durch eine Delegation versucht, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Auf diese Bemühungen wiesen wir bei unseren Gesprächen hin. Wir glaubten aber feststellen zu können, daß zur Verwirklichung dieser Vorschläge nicht viel geschieht. Dabei dürften sachlich, d. h. vom Standpunkt des aktiven Einsatzes der gewerkschaftlichen Kraft zur Besserung der sozialen Lage der Arbeitnehmerschaft, kaum echte Ansatzpunkte einer zwiespältigen Auffassung gegeben sein. Die Not des arbeitenden indischen Volkes ist so groß, daß sich alle Kräfte und Ziele zunächst darauf konzentrieren sollten, diese Not zu beseitigen.

Das Hindernis für eine einheitliche und konsequente Gewerkschaftsarbeit liegt im Personellen und Parteipolitischen. Man kann zu der Auffassung kommen, daß, wenn es nicht gelingt, mit diesen beiden Problemen fertig zu werden, die Schwäche in der indischen Gewerkschaftsbewegung anhalten wird. Es gilt dabei zu bedenken, daß die indische Gewerkschaftsbewegung bereits nach dem ersten Weltkrieg einen beachtlichen Aufschwung nahm trotz Unfreiheit und Unterdrückung, und von rd. 4,5 Millionen Industriearbeitern über 1 Million organisiert waren. In dem Maße, in dem die Aufspaltung dann um sich griff und am persönlichen und politischen Ehrgeiz die Einheit zerbröckelte, ging die Bedeutung und Wirksamkeit der indischen Gewerkschaftsbewegung zurück.

Für die indische Arbeitnehmerschaft kann es nur zum Vorteil sein, wenn die in den Jahren nach der Befreiung erneut vollzogene Spaltung beseitigt wird. Zweifellos sollte man den indischen Gewerkschaften, die nach freier und unabhängiger Entwicklung streben, tatkräftig helfen. Aus der Arbeitnehmerschaft selbst müßten in größerer Zahl Mitarbeiter und Funktionäre herangebildet und geschult werden. Nach unserer Auffassung gibt es in der indischen Arbeitnehmerschaft genug aktive Kräfte, die bei einer entsprechenden Schulung und Ausbildung und bei einer richtigen Heranziehung zur Gewerkschaftsarbeit bereit wären, der indischen Gewerkschaftsbewegung zu dienen. Auch können durch eine systematische Aufklärungs- und Agitationsarbeit noch viele Mitglieder gewonnen werden. Es ist eine alte Erfahrung, daß die Not der Menschen die beste Voraussetzung für ihren Zusammenschluß ist.

III.

Die Gewerkschaften in *Malaya* haben zweifellos eine größere Bedeutung und Wirksamkeit als in Pakistan und Indien. Es gibt starke Gewerkschaftsgruppen im *Malayan-Trade-Union-Council* mit seinem Sitz in der Hauptstadt Kuala-Lumpur; der MTUC zählte 1958 rd. 235 000 Mitglieder. Das ist eine beachtliche Zahl, gemessen an der Bevölkerungs- und Beschäftigtenziffer. Es ist auch unverkennbar, daß sich die Gewerkschaften in einer ständig fortschreitenden Entwicklung befinden. Das Bestreben einer strafferen und zentralistischeren Führung und Ausrichtung ist erkennbar. Das wird besonders deutlich bei der Gewerkschaft der Plantagenarbeiter. Sie zählt, nach Angabe ihrer Vorstandsmitglieder, rd. 150 000 Mitglieder und ist zentralistisch aufgebaut. Aus eigenen Mitteln hat sie ein zentrales Verwaltungs- und Versammlungshaus mit einer angegliederten Druckerei gebaut. Die Repräsentanz dieser Gewerkschaft zeigt sich aber nicht nur an ihrem zentralen Sitz, sondern auch auf den Plantagen; bei dem Besuch einer Gummipflantage erwiesen sich sehr deutlich die Existenz und der Einfluß dieser Gewerkschaft.

Zweifellos macht sich in Malayas Gewerkschaftsbewegung die Einheitlichkeit vorteilhaft bemerkbar. Das Problem der gewerkschaftlichen Konkurrenz gibt es nicht. Deshalb kann sich der Auf- und Ausbau nach einheitlichen Gesichtspunkten vollziehen. Bei

der weiteren Entwicklung wird es sicher auch darauf ankommen, wie sich in Malaya die innerpolitischen Verhältnisse gestalten. Noch stehen auch in Malaya die Gewerkschaften unter der Kontrolle der Regierung. Die scharfe Bekämpfung des Kommunismus durch die Regierung ist bis in die Gewerkschaftsbewegung zu spüren. Jede kommunistische Unterwanderung wird von der Regierung verhindert bzw. geahndet. Die Freiheit der Person ist nicht unantastbar. Kurze Zeit vor unserem Besuch waren auf Veranlassung der Regierung 100 Personen, darunter mehrere Gewerkschafter, verhaftet worden. Ein Prozeß gegen die Verhafteten läßt manchmal sehr lange auf sich warten. Häufig werden sie nach kürzerer oder längerer Haft ohne weitere Erklärungen wieder entlassen. Ich hatte Gelegenheit, mich mit einem erst wenige Tage wieder in Freiheit befindlichen Gewerkschaftsfunktionär zu unterhalten. Bei seiner Entlassung aus der Haft war ihm die Auflage gemacht worden, sich für die nächsten zwei Jahre jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit zu enthalten.

Es ist auch nicht mit Sicherheit anzunehmen, daß die Parteienallianz für längere Zeit Bestand haben wird. Es fehlt nicht an Anzeichen für größere Spannungen; es ist auch erkennbar, daß die Arbeitnehmer nach einem stärkeren Einfluß auf die Politik drängen. Die möglichen Spannungen im innerpolitischen Raum, verbunden mit den Einwirkungen aus dem kommunistischen Teil Asiens, können zu einer starken Belastung und damit zu einer Bewährungsprobe für die Einheitsgewerkschaft in Malaya werden.

IV.

Die Gewerkschaftsbewegung in *Japan* ist uneinig und zerrissen. Die Zerrissenheit ist weniger auf weltanschauliche Gegensätze zurückzuführen. Es sind vielmehr politische und auch persönliche Gründe, die dazu geführt haben. Die Uneinigkeit und Zersplitterung der japanischen Gewerkschaftsbewegung läßt sich durch ihre ganze Geschichte hindurch verfolgen. Dadurch war es bis zum zweiten Weltkrieg der japanischen Gewerkschaftsbewegung nicht gelungen, entscheidende Ansätze zur Lösung der sozialökonomischen Frage herbeizuführen.

Die heutige japanische Gewerkschaftsbewegung hat bereits bei ihrer Gründung, oder besser gesagt, bei ihrer Zulassung durch die Amerikaner den Keim einer starken Dezentralisierung in sich aufgenommen. Während wir in Westdeutschland nach 1945 nach dem Grundsatz verfahren „Ein Betrieb eine Gewerkschaft“ und so den industriegewerkschaftlichen Charakter anstrebten, verfuhr man in Japan nach dem Prinzip „Jeder Betrieb eine selbständige Gewerkschaft“ und knüpfte damit an frühere Entwicklungen und an amerikanische Praktiken an.

Die Zusammenfassung aller Betriebsgewerkschaften in einen einheitlichen Gewerkschaftsbund ist in Japan nicht gelungen. Praktisch steht heute die japanische Gewerkschaftsbewegung da, wo sie auch vor 25 Jahren stand, d. h., sie ist aufgesplittert in mehrere konkurrierende Gewerkschaften und Gewerkschaftsbünde.

Nach den erhaltenen Berichten sind zur Zeit rd. 6,6 Millionen Arbeiter, Angestellte und Beamte organisiert. Das ist die höchste Mitgliederzahl, die die japanische Gewerkschaftsbewegung jemals aufzuweisen hatte. Es ist aber zu bedenken, daß die Zahl der Beschäftigten auf über 43 Millionen angewachsen ist. Setzt man die Zahl der Organisierten in Beziehung zur Beschäftigtenzahl, dann ergibt sich ein Organisationsverhältnis von rd. 15 vH.

Die 6,6 Millionen Mitglieder verteilen sich auf vier mehr oder weniger festgefügte Gewerkschaftsbünde und auf eine große Zahl sogenannter unabhängiger Landesgewerkschaften. In den Gewerkschaftsbünden sind die überaus vielen selbständigen Betriebsgewerkschaften zusammengefaßt. Das größte Ausmaß an Zentralisation hat wohl ZENRO (Japanischer Gewerkschaftskongreß) mit rd. 850 000 Mitgliedern in verhältnis-

mäßig wenig Landesgewerkschaften bzw. Gewerkschaftsbünden. ZENRO ist dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften angeschlossen.

Der SOHYO (Gewerkschaftsrat der Japanischen Gewerkschaften) ist ein ziemlich loser Bund von Landesgewerkschaften. Er zählt rd. 3,3 Millionen Mitglieder und stützt sich vornehmlich auf die Arbeiter, Angestellten und Beamten der öffentlichen Dienste, der Verwaltungen, der Versorgung und des Verkehrs. Dem IBFG ist SOHYO nicht angeschlossen, wohl aber sind einzelne Landesgewerkschaften des SOHYO entweder den Internationalen Berufssekretariaten oder dem IBFG direkt angeschlossen.

Weniger bedeutend ist der SHIN-SANBETSU (Zentralverband der Industrieorganisationen) mit rd. 36 000 Mitgliedern. Er ist dem IBFG nicht angeschlossen.

Der SODOMEI (Japanischer Gewerkschaftsbund) gehört ZENRO an und hat rd. 250 000 Mitglieder.

Bis 1957 gab es dann noch den SAM-BETSU (Landeskongreß der Industriegewerkschaften), einen kommunistischen Gewerkschaftsbund, der dem Weltgewerkschaftsbund angehörte. Die im SAM-BETSU vereinigten Organisationen haben sich seitdem SOHYO angeschlossen.

Ferner gibt es noch eine Dachorganisation der sogenannten unabhängigen bzw. neutralen Gewerkschaften mit rd. 750 000 Mitgliedern. In dieser Dachorganisation sind aber nicht alle unabhängigen Gewerkschaften vereint. Viele von ihnen haben sich keinem der Bünde angeschlossen.

Seit langem wird versucht, die Einheit der japanischen Gewerkschaftsbewegung wiederherzustellen. Der IBFG hatte, zu diesem Zweck Delegationen nach Japan geschickt. Es ist wohl auch nicht zu bezweifeln, daß sich in den Gewerkschaftsbünden in Japan eine Anzahl verantwortungsvoller Funktionäre ernsthaft um die Einheit der Gewerkschaftsbewegung bemüht. Diesen Bemühungen stehen aber persönliche Geltungsbedürfnisse und starke politische Meinungsverschiedenheiten gegenüber. Die letzteren werden sobald nicht überwunden sein, zumal auch von außen her immer wieder politische Kräfte in die Gewerkschaften eindringen. Es müßte also eine stärkere Abschirmung gegenüber parteipolitischen Einflüssen erfolgen.

Seit 1954 besteht ein Koordinierungsausschuß. Seine Erfolge werden allgemein nicht besonders hoch veranschlagt. Die Politik der einzelnen Gewerkschaftsbünde ist darauf abgestellt, sich immer stärker zu installieren. Ein stärkeres Hinwenden zur praktischen Gewerkschaftspolitik könnte vielleicht erzielt werden, wenn alle Gewerkschaften sich auf ein „Gewerkschaftliches Aktionsprogramm“ einigen würden. Man sollte für die nächsten Jahre die vordringlichen Aufgaben der Gewerkschaften auf die Gebiete der Lohn-, Arbeitszeit-, Arbeitsvertrags- und Sozialpolitik legen und die ganze praktische Arbeit an diesen Aufgaben ausrichten. Vielleicht würde ein solches Programm die innen- und außenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zurückdrängen und somit den Weg zu einer größeren Einheit frei machen.

HANS BÖCKLER

Der Arbeiter ist kein Faktor der wirtschaftlichen Kalkulation. Er ist ein Mensch mit Verstand, Herz und Seele. Er ist nicht mehr, er ist aber auch nicht weniger wert als andere Menschen.